



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 85. Ratssitzung vom 7. Februar 2024

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/45, 2023/92 und 2023/193

2835. 2023/45

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.02.2023:
Zeitlich begrenzte Überwachung mit Kameras bis zur Gewährleistung der
Sicherheit des Gebiets um das Bundesasylzentrum Zürich einschliesslich
Hardturm-Areal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/45, 2023/92 und 2023/193.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/45 (vergleiche Beschluss-Nr. 1346/2023): Aus unserem Vorstoss geht hervor, welche Straftaten und Gewalttaten sich rund um das Bundesasylzentrum ereignen. Es ist die Rede von Messerstechereien, Drogen, Diebstahl oder gebrauchten Spritzen. Wenn sich Eltern beklagen und sagen, sie könnten ihre Kinder nicht mehr auf den Schulweg schicken, können Sie sicher sein, dass die Situation schlimm ist. Wir möchten mehr Sicherheit schaffen. Überwachung ist ein Teil einer solchen Sicherheitsstrategie. Deshalb wollen wir das Bundesasylzentrum zeitlich befristet mit Kameras überwachen, damit man sieht, was die Asylanten dort machen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Die Stadtpolizei ist in Zürich-West, also beim Bundesasylzentrum und auch beim Hardturm-Areal, sehr präsent. Die Polizist*innen stehen in engem Austausch mit den Mitarbeitenden des Bundesasylzentrums. Nach der Lageeinschätzung der Stadtpolizei ist der Einsatz von Kameras derzeit weder notwendig noch verhältnismässig. Die Lage wird laufend überprüft und wenn nötig ergreift die Stadtpolizei Massnahmen. Dazu kann auch gehören, dass der öffentliche Raum videoüberwacht wird. Zurzeit braucht es aber keine weiteren Massnahmen.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/92 (vergleiche Beschluss-Nr. 1439/2023): Auf dem Hardturm-Areal haben sich Linksextreme eingenistet, nachdem sie bei der Räumung des besetzten Koch-Areals massive Gewalt ausgeübt und einen



grossen Schaden verursacht hatten. Auf dem Hardturm-Areal haben sie sogar einen offiziellen Briefkasten. Sie werden geduldet und man lässt sie – obwohl es sich um Gewalttäter handelt – einfach gewähren und illegal einen Platz besetzen. Das Alba Festival konnte wegen der Linksextremen, die sich dort breitgemacht haben, nicht durchgeführt werden. Es ist wichtig, dass der Rechtsstaat durchgesetzt wird, und dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Warum soll jemand noch an den Rechtsstaat glauben, wenn er sieht, dass sich andere Gruppen mehr erlauben dürfen? Wenn Sie weiterhin in einem Rechtsstaat leben wollen, müssen Sie diesen auch bei Menschen, die Ihnen nahestehen, durchsetzen. Sie haben heute mehrfach bewiesen, dass Ihnen linksextreme Gewalttäter und die Terrorgruppe Antifa sehr nahestehen – Sie offenbar sogar dazugehören. Es überrascht mich nicht, dass Sie sich nicht überwinden können, diese Besetzung zu unterbinden. Aber schauen Sie sich mal das Video an, das dem Vorstoss angehängt ist. Darin sehen Sie, was Ihre Schlägertruppe, die Sie voranschicken, alles anrichtet. Ich würde mich schämen, wenn aus meinem Dunstkreis solche Gewalttäter kämen und ich mich nicht distanzieren könnte. Aber Sie sehen das anders und finden Gewalt offenbar gut.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Seit mehr als sechs Jahren gibt es im Gemeinderat immer wieder Anfragen und Vorstösse rund um das Thema Besetzungen. Ich verweise deshalb nur beispielhaft auf folgende Geschäfte mit den entsprechenden Antworten des Stadtrats: GR Nr. 2017/256 Schriftliche Anfrage von Andreas Egli (FDP) und Stephan Iten (SVP), GR Nr. 2019/374 Schriftliche Anfrage von Pärparim Avdili (FDP) und Michael Schmid (FDP), GR Nr. 2020/476 Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Rolf Müller (SVP). Zusammengefasst kann ich die früheren Antworten des Stadtrats wie folgt zitieren: Die bestehende Praxis im Umgang mit Besetzungen ist erprobt und hat sich in der Stadt Zürich seit Jahrzehnten bewährt. Daran hat sich nichts geändert.*

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/193 (vergleiche Beschluss-Nr. 1672/2023): *Ich kann mich meinem Vorredner, Samuel Balsiger (SVP), nur anschliessen. Bei den Ausschreitungen im Zusammenhang mit Räumungen von besetzten Arealen oder Häusern schaut die Stadtpolizei zu, anstatt zu handeln. Es ist praktisch unmöglich, ein solches Haus zu räumen, obwohl die Besetzung komplett illegal ist. Die Folgen sind sichtbar: Bei Räumungen kommt es jedes Mal zu gewalttätigen Ausschreitungen. Dazu kommt, dass während der Besetzung das Haus total verschandelt wird und im Zusammenhang mit der Räumung gewalttätige Saubannerzüge durch die Stadt ziehen, die Schaufenster einschlagen. Das muss aufhören. Die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements muss innovativer und geistreicher werden. Sie muss Massnahmen ergreifen, damit solche Ausschreitungen in Zukunft verhindert werden können. Wenn das Hardturm-Areal dereinst geräumt werden muss, sind Ausschreitungen so sicher wie das Amen in der Kirche. Das Hardturm-Areal ist eine regelrechte Brutstätte Linksradikaler. Diese werden sich sicher nicht sehr friedlich von diesem Areal entfernen, sondern begleitet von viel Gewalt. Deshalb sollen bereits jetzt geeignete Massnahmen entwickelt werden.*



Andreas Kirstein (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag zu Postulat GR Nr. 2023/193: Das Postulat fordert den Stadtrat auf, etwas zu tun, das zu seinem Grundauftrag gehört. Sie möchten dem Stadtrat mit dem Postulat also sagen, dass er die bisherigen Mittel falsch eingesetzt habe. Daher ist das Postulat überhaupt nicht geeignet, um eine Veränderung herbeizuführen. Es ist ein Postulat für die Tribüne, das nur dazu dient, dass Sie Ihre Meinung wiederholen können. Alleine schon aus Disziplinar Gründen stelle ich den Ablehnungsantrag.

Weitere Wortmeldungen:

Claudio Zihlmann (FDP): Zuerst möchte ich zum Postulat GR Nr. 2023/45 sprechen. Es sind diverse Vorstösse zum Thema vorhanden, die zeigen, dass die Sicherheit rund um das Bundesasylzentrum eine Herausforderung ist. Das kann nicht einfach vom Tisch gewischt werden. Wir haben dies auch in einer Antwort des Stadtrats auf die Dringliche Schriftliche Anfrage GR Nr. 2023/128 von Andreas Egli (FDP), Peter Anderegg (EVP) und 35 Mitunterzeichnenden betreffend Interventionen der Stadtpolizei beim Bundesasylzentrum gesehen. In der Zeitspanne vom 1. November 2019 bis 28. Februar 2023 verzeichnete die Stadtpolizei insgesamt 1121 Einsätze im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum Zürich sowie mit Personen, die im Bundesasylzentrum Zürich gemeldet sind. Am häufigsten rückte die Polizei wegen Verhaftung, Diebstahl und Widerhandlung gegen das Ausländergesetz aus. Es ist tatsächlich eine Herausforderung. Das sagt auch die Bevölkerung. Deshalb muss diese Thematik ernstgenommen werden. Auf einem so grossen Gebiet Kameras aufzustellen, wie es das Postulat verlangt, geht aber zu weit. Nachdem ich STR Karin Rykart gehört habe, vertrauen wir darauf, dass die Stadtpolizei die Situation richtig beurteilen und entsprechende Schwerpunkte setzen kann. Zum Postulat GR Nr. 2023/45 stellen wir einen Textänderungsantrag. Wir möchten den letzten Satz der Forderung «Für die Räumung soll nebst einem grossen Aufgebot der Stadtpolizei auch die Kantonspolizei beigezogen werden.» streichen. Das Postulat unterstützen wir gerne, wir sind aber der Meinung, dass die Umsetzung bei der Stadtpolizei selbst liegt. Ob sie die Kantonspolizei beizieht, ist Sache der Stadtpolizei. Es geht darum, den Vorstoss umzusetzen. STR Karin Rykart hat gesagt, der Umgang mit der Besetzerszene habe sich bewährt. Das ist eben genau nicht der Fall, wenn wir das Hardturm-Areal anschauen. Hätte sich der Umgang bewährt, wären Anlässe wie das Alba Festival oder das Street Food Festival durchgeführt worden. Zum Postulat GR Nr. 2023/193: Liebe AL, es ist schon interessant. Hier geht es darum, dass der Stadtrat mit dem Postulat aufgefordert wird zu prüfen, «wie bei der Räumung des besetzten Hardturm-Areals gewalttätige Ausschreitungen durch die linksextreme Besetzerszene verhindert werden können». Mehr nicht. Andreas Kirstein (AL), du sagst, dies gehöre zum Grundauftrag. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb die AL einen Ablehnungsantrag stellt, für etwas, das normal ist. Die FDP unterstützt das Postulat.

Matthias Probst (Grüne): Alle fünf traktandierten Vorstösse der SVP suggerieren Probleme, die wir nicht sehen. Drei beziehen sich auf die Hardturmbranche, zwei wollen die bewährte Praxis von Hausbesetzungen ändern. Einer betreibt zudem noch etwas Hetze



gegen das Bundesasylzentrum. Wir Grünen sind der Meinung, dass man keine Probleme bewirtschaften sollte, die nicht existieren. Die Praxis bezüglich Hausbesetzungen hat sich in der Stadt Zürich bewährt. Es gibt keinen Grund, etwas daran zu ändern. Hetze unterstützen wir sowieso in keiner Art und Weise. Und seit heute ist zumindest ein Mitglied am rechten Rand der SVP offiziell rechtsextrem. Das sollte uns zu denken geben. Ich nehme an, die Distanzierung vonseiten der SVP wird noch folgen – oder auch nicht. Wir distanzieren uns auf jeden Fall von diesen fünf Vorstössen.

Samuel Balsiger (SVP): Die Grünen sehen das Problem nicht. Ich lese ihnen die Probleme gerne vor: «Erneut Messerstecherei in Zürich» – beim Bundesasylzentrum sind zwei junge Asylanten aufeinander losgegangen. «Kinder fühlen sich auf dem Schulweg von Asylsuchenden belästigt». Man findet Spritzen auf dem Pausenplatz und im Abfall. Es gibt Diebstahl und mehr als 1000 Polizeieinsätze. Es ist skandalös, dass gewählte Volksvertreter kein Problem sehen, wenn gebrauchte Spritzen auf einem Kinderspielplatz im Sand liegen, wenn Menschen mit Messern aufeinander losgehen oder mehr als 1000 Polizeieinsätze bei einem Bundesasylzentrum stattfinden, wo angeblich nur Menschen untergebracht werden, die vor Gewalt flüchten. Ich würde mich schämen, in einer Partei zu sein, die eine Nähe zum gewalttätigen Linksextremismus pflegt, die die Antifa an eine Demonstration für Toleranz einlädt und nicht bereit ist, sich von Gewalt zu distanzieren. Wenn STR Karin Rykart sagt, die Praxis mit den Hausbesetzungen habe sich bewährt, entgegne ich gerne: Nach der Räumung des Binz-Areals vor zehn Jahren gab es massive Ausschreitungen. Nach der Auflösung der jahrelangen, illegalen Besetzung des Koch-Areals sind mehr als 1000 Linksextreme durch die Stadt Zürich marschiert. Die Terrorgruppe Antifa hat das ganze Quartier zusammengeschlagen und ging auf Menschen los. Ein paar Wochen später marschierten dieselben Linksextremen wieder durch Zürich und ein linksextremer Mob ging mit Eisenstangen, Steinen und Molotowcocktails auf Menschen los. STR Karin Rykart sagte damals, das linksextreme Gewaltpotenzial habe sie überrascht. Heute sagt sie, die Praxis mit Hausbesetzern habe sich bewährt. Bei diesem Vorfall haben die linksextremen Terroristen auch einen Polizisten in eine Ecke gedrängt und verprügelt. Die Polizeisprecherin sagte, dabei seien übelste Verletzungen in Kauf genommen worden. Und heute sagt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements, die Praxis habe sich bewährt.

Carla Reinhard (GLP): Ich spreche zuerst zu den Postulaten GR Nrn. 2023/92 und 2023/193. Wir haben uns noch im letzten Jahr in Vorbereitung auf die Debatte im Gemeinderat beim Quartierverein und bei der Stadt erkundigt, wie sich die Situation mit der Besetzung präsentiert. Beide haben uns mitgeteilt, dass die Besetzung – abgesehen von wenigen Lärmbeschwerden – ruhig verlaufe und die Kommunikation mit den Besetzerinnen und Besetzern funktioniere. Dass die SVP in beiden Vorstössen von «militanten Linksextremisten» spricht, was so viel wie «kriegerisch, kämpferisch, kampfbereit» bedeutet, ist fehl am Platz und zeigt, dass es vielmehr um Polemik geht. Die GLP bleibt bei ihrer Haltung, dass das «Merkblatt Hausbesetzung», auf das sich die Stadt stützt, ein pragmatischer Kompromiss ist. Eine unmittelbare Räumung mit grossem Polizeiaufgebot wäre nicht verhältnismässig. Deshalb lehnen wir die beiden Postulate ab. Zum Postulat



GR Nr. 2023/45: Die Polizeipräsenz rund um das Bundesasylzentrum wurde nach den Vorfällen erhöht. Diese Polizeipräsenz kann nicht durch Kameras ersetzt werden. Kameras haben auch keine präventive Wirkung. Deshalb lehnen wir auch dieses Postulat ab.

Moritz Bögli (AL): *Ich möchte mich meiner Vorrednerin, Carla Reinhard (GLP), anschliessen. Es gibt vonseiten der SVP viel Polemik, Voten für die Tribüne und Wahlkampf mit diesem Vorstosspaket. Repression, wie sie die SVP fordert, ist keine Lösung für das Problem. Es hat noch nie funktioniert. Ich erinnere gerne daran, dass man die offene Drogenszene auf dem Platzspitz nicht mit Repression gelöst hat, sondern mit Sozialarbeit. Das würde ich auch in Bezug auf das Bundesasylzentrum vorschlagen, damit eine sinnvolle Lösung gefunden werden kann, wie auch Geflüchtete in ein reguläres Leben überführt werden können, in dem sie arbeiten können und nicht vom Staat eingeschränkt werden. Wir haben drei Vorstösse, die alle etwas unnötig sind. Zum Postulat GR Nr. 2023/193: Offenbar haben nicht alle verstanden, weshalb diese Forderung ein absurder, operativer Eingriff in die Kompetenz des Stadtrats ist. Der Vorstoss fordert, dass bei einer allfälligen Räumung keine gewalttätigen Ausschreitungen stattfinden sollen. Dass es nicht zu gewalttätigen Ausschreitungen bei einem Polizeieinsatz kommt, gehört zum Grundauftrag der Polizei. Es ist komplett unnötig, dies zu fordern. Genauso unnötig ist eine Räumung des Areals.*

Tiba Ponnuthurai (SP): *Auch die SP lehnt alle drei Vorstösse ab. Das Postulat GR Nr. 2023/45 fordert einen radikalen Wechsel der Polizeipraxis. Es will eine Personengruppe unter Generalverdacht stellen und deren Grundrechte nicht wahren. Deshalb lehnen wir das Postulat ab. Das Postulat GR Nr. 2023/193 wird bereits umgesetzt. Die Polizei hat den Auftrag, mit Personen möglichst gewaltfrei zu interagieren und dafür zu sorgen, dass möglichst wenig Gewalt zum Einsatz kommt. Zum Postulat GR Nr. 2023/92 hat die SP bereits letztes Jahr kommuniziert, dass es – solange auf dem Hardturm-Areal nichts geplant ist – in Ordnung ist, wenn die Brache genutzt wird. Daher lehnen wir auch die Textänderung der FDP ab. Wir sind klar der Meinung, dass die etablierte Praxis für Hausbesetzungen gelten soll. Übrigens: Die Zürcher Bevölkerung wurde letztes Jahr befragt, was ihre Probleme sind. 90 Prozent der Leute beschäftigen die Wohnungsknappheit und die hohen Mietzinse am stärksten. Mit den Postulaten löst die SVP kein einziges drängendes Problem der Zürcher Bevölkerung, sondern produziert vor allem heisse Luft. Es wäre schön, wir könnten im Gemeinderat über die drängenden Probleme der Zürcher Bevölkerung sprechen, anstatt uns mit hochgekochter Polemik zu beschäftigen.*

Sandra Gallizzi (EVP): *Zum Postulat GR Nr. 2023/45: Es ist Sache der Polizei, zu entscheiden, ob es eine Überwachung braucht oder nicht. Selbstverständlich muss die Sicherheit des besagten Gebiets gewährleistet sein. Allerdings wollen wir der Polizei nicht vorschreiben, wie sie dieses Ziel erreichen soll. Deshalb lehnt die Fraktion Die Mitte/EVP das Postulat ab. Zu den Postulaten GR Nrn. 2023/92 und 2023/193: Grundsätzlich sind wir dafür, dass die Hardturmbrache im Sinne der Stadt genutzt werden kann und dafür geräumt wird. Wir sind uns bewusst, dass das geplante Bauprojekt aktuell rechtlich angefochten wird. Wir hoffen, dass sich das bald klärt und das Areal danach geräumt werden*



kann. Für die Fraktion Die Mitte/EVP ist klar, dass militanter Linksextremismus nicht akzeptiert werden kann. Wie das Areal geräumt werden soll, ist eine operative Angelegenheit. Dazu möchten wir uns nicht äussern. Es ist selbstverständlich Aufgabe der Polizei, gewalttätige Ausschreitungen jeglicher Art zu verhindern. Aus diesem Grund stimmen wir dem Postulat GR Nr. 2023/92 mit der Textänderung der FDP und dem Postulat GR Nr. 2023/193 zu.

***Stephan Iten (SVP)** ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2023/92 einverstanden: Dass die AL den Umgang mit den Hausbesetzern als bewährt empfindet, ist klar. Sie schreibt sich auch «Unruhe bewahren» auf die Fahne. Aber ich staune, dass STR Karin Rykart sagt, der Umgang mit den Hausbesetzern habe sich bewährt, obwohl sie weiss, dass dem nicht so ist. Entweder verschliesst sie beide Augen oder erzählt einfach etwas und meint damit, was sie mache, sei gut. Es gibt Lärmprobleme und niemand schreitet ein. Die Anwohner sind vom Lärm geplagt. Hausbesetzer hinterlassen einen riesigen Abfallberg, für dessen Entsorgung der Steuerzahler aufkommen muss. Wenn man eine Besetzung räumt, wird randaliert, es kommt zu Gewalt und Zerstörungswut. Auch das muss der Steuerzahler berappen. STR Karin Rykart, ich wäre froh, Sie könnten uns im Detail sagen, was sich genau mit dem Massnahmenblatt bewährt hat. Der Steuerzahler muss ständig den Kopf für das Versagen der links-grünen Regierung hinhalten. Ständig werden einem neue, strenge Auflagen auferlegt, aber bei den Hausbesetzungen spielen zum Beispiel Brandschutzmassnahmen keine Rolle. Man dürfe das Hardtum-Areal nicht räumen, weil man mit Gewalt rechnen müsse – diese Aussage muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Es gibt Kriminelle, die Land in Besitz nehmen, das ihnen nicht gehört und wenn man sagt, sie müssten gehen, wird mit Gewalt gedroht. Und deshalb darf man nicht eingreifen. Auf dem Hardturm-Areal sollte schon lange ein Fussballstadion stehen und es sollte auch noch ein Asylzentrum kommen. Wir brauchen diesen Platz anders als für Leute, die das Gefühl haben, sie könnten sich irgendwo niederlassen, einen Briefkasten aufstellen und dann sagen, dieses Areal gehöre ihnen. Und wenn uns Links sagt, wie wichtig unsere Vorstösse seien oder nicht, dann könnt ihr mir nachher erklären, weshalb eure Verkehrsschilder für die Stadt Zürich wichtig sind. Nehmt euch selbst an der Nase, anstatt uns zu erklären, was wichtig und was unnötig ist.*

Das Postulat wird mit 12 gegen 104 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2836. 2023/92

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.03.2023:
Unterbindung der Besetzung der Hardturmbrache**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/45, Beschluss-Nr. 2835/2024



7 / 7

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1439/2023).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Claudio Zihlmann (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Besetzung der Hardturmbrache durch militante Linksextremisten schnellstmöglich und dauerhaft unterbunden werden kann. ~~Für die Räumung soll nebst einem grossen Aufgebot der Stadtpolizei auch die Kantonspolizei beigezogen werden.~~

Stephan Iten (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 42 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2837. 2023/193

**Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 05.04.2023:
Verhinderung von gewalttätigen Ausschreitungen bei der Räumung des besetzten
Hardturm-Areals**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/45, Beschluss-Nr. 2835/2024

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1672/2023).

Andreas Kirstein (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 43 gegen 73 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat